

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

## Anzeiger

aus Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlich, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Kubitschappel und Tirsheim.

Erhältlich täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags. — Bezugspreis: 4.75 Rfl. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14.25 Rfl. vierfachjährlich. Beziehungen nehmen die Geschäftsstellen, Münzliche Behörden, Briefträger und Zeitungsrediger entgegen. — Umlaufszahlen 20.000.



Anzeigenpreis: Die dreigeteilte Grundseite wird mit 75 Pf. für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigeteilte Seite 1.75, für auswärtige 2.00 Rfl. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Druckanschrift: "Tageblatt". Postleitzettel Leipzig 66 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 31.

Montag, den 7. Februar 1921

71. Jahrgang.

### Wiederbestellung von Gemeindewaisenräten und von Erzähmännern.

Alle bisherigen Gemeindewaisenräte und Erzähmänner des Amtsgerichtsbereichs, die auf die Zeit vom 1. Januar 1921 bis mit dem 31. Dezember 1923 wiederbeschafft oder wiederbestimmt worden sind, werden unter Hinweis auf das Geldbörse freier und gewissenhafter Pflichterfüllung bei ihrer früheren Verpflichtung ernannt zu diesen Gemeinen bestellt. Von der Wiederbestellung werden die Gemeindewaisenräte, die Erzähmänner und die Gemeindebehörden nur hierdurch benachrichtigt.

Lichtenstein-Callnberg, am 5. Februar 1921.  
Amtsgericht.

Dienstag, den 8. Februar 1921

Berkauf von Weizenkleie (auch an Kleintierzhalter) Bezahlung vorm. 9 bis 12 Uhr im Lebensmittelamt 1 Str. Mk. 40.— Abgabe auf dem Güterbahnhof. Hier, 1 Stück Mk. 1.75, Bezahlung und Abgabe nachm. 1/3 bis 4 Uhr im Freibankvorraum, hintern Rathaus. Städtisches Lebensmittelamt.

### Kurze wichtige Nachrichten.

Der französische Botschafter hat dem Reichsminister des Außenhandels die Einladung übermittelt, am 1. März Delegierte nach London zu entsenden. Der Minister hat sich die Antwort auf die Einladung vorbehalten.

Noch eingegangenen zuverlässigen meldungen aus dem besetzten Gebiet haben die alliierten Besatzungshaber die Urlaube der Mannschaften und Offiziere widerrufen. In Köln und Mainz wird auch kein Tagesschluss an Offiziere in das unbefestigte Gebiet mehr erlaubt.

Auf der dem Dortmunder Guß-Stahlverein gehörenden Zeche "Dentenburg" hat die Belegschaft, kommunistischen Einflüssen nachgebend, eigenmächtig die Schichtensicht eingeführt.

Die bairische Regierung wird, wie von zuständiger Seite verlautet, beim Reichsgerichtshof Anfechtungsfrage gegen das Beamtenthebungsgesetz erheben, dessen Anerkennung sie verzögert. Sie behauptet, daß das Gesetz formal in Widerprüfung zu gewissen Bestimmungen der Reichsverfassung steht.

In Berlin tapten am Sonnabend die Landesministerpräsidenten; in der Ansprache wurde härtester Widerstand gegenüber den Ententeforderungen gefordert.

Die zwischen den deutschen Delegierten und Vertretern der niederländischen Regierung über die Ausführung des niederländisch-deutschen Kreditovertrages geführten Besprechungen nehmen einen beschiedenen Verlauf. Es ist damit zu rechnen, daß noch vor Ende Februar mit der Ausführung des Vertrages begonnen wird und dann die ersten Kreditanfragen Deutschlands in Behandlung genommen werden.

Gestern früh 6 Uhr ist im seiner Wohnung in Charlottenburg Admiral Graf Baudissin nach schwerem Leid verschollen.

### Verhandlung des Reichstags.

Berlin, 5. Februar.

#### Die Mittelstands-Interpellation.

Bevor sich der Reichstag gestern der Preußenwahlen wegen bis zum 23. Februar vertagte, hat er noch eine längere Ausprache über die für unsere Wiedergefundene so wichtigen Handwerks- und Mittelstandsfragen gehabt. Voran ging, wie unsere Vater bereits wußten, die Beantwortung zahlreicher Anfragen durch die Regierung und die Erhöhung der Teuerungszulage für Kriegsbeschädigte und hinterbliebene gefallener Krieger.

Unter den Anfragen befanden sich wieder solche, die sich mit unseren noch immer in Kriegsgefangenschaft schwachenden Volksgenossen und mit der schwarzen und weißen Schmach im besetzten Gebiet befaßten. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Philipp erkundigte sich nach unseren Gefangenen in Rußland. Der Vertreter der Regierung geantwortet, die genaue Zahl selbst jetzt noch nicht zu wissen! Natürlich, die Bolschewistenherrschaft hält es weder für nötig, die Gefangenenzahl festzustellen, noch der deutschen Regierung eine Antwort zu geben. Dr. Atahal und Dr. Beder von der Deutschen Volkspartei, die Schandfotzen der Alliierten geißelten, erhielten den wenig tröstlichen Bescheid, die Reichsregierung habe protestiert und sich beschwert. Die fremden Barbaren am deutschen Rhein lassen sich dadurch nicht stören.

Zur

Mittelstands-Interpellation der Regierungsparteien

äußert sich Reichswirtschaftsminister Scholz:

Es ist richtig, daß Handwerk und Kleingewerblicher Mittelstand durch die Kriegsfolgen besonders gelitten haben, weil sie nicht solche Kapitalreserve angesammeln konnten, wie die Industrie und der Großhandel. Dazu kommt, daß es

### Die Regierung bleibt bei ihrem Nein!

Berlin, 7. Februar. Der "B. Jtg." zufolge erklärte Reichsminister Simons in einer Unterredung mit dem Vertreter der "Hearst-Presse" von Wiegand auf die Frage, ob die Regierung wirklich bei ihrem Nein bleibe: Ich kann nur sagen, wenn die deutsche Regierung auch nur ein Jota von der Erklärung abweicht, welche ich im Reichstag in ihrem Namen abgegeben habe, daß nämlich die Pariser Beschlüsse für uns unannehmbar sind, so bleibe ich nicht länger im Amt und werde das kleinste dazu tun, daß mein Nachfolger nur dieselbe Politik betreiben kann wie ich. Auf die Frage Wiegands, was geschehen würde, wenn die Alliierten Zwangsmahnahmen ergreifen, erwiderte er: Dann müssen wir eben für einige Zeit leiden und das Leid ertragen.

Folgende Depeschen zeigen, wie weiter deutscher Kreise sich eine steigende Erregung über die Pariser Forderungen bemächtigt; der deutsche Widerstand gegen eine Versklavung kommt überall zu ihrer ablehnenden Haltung:

#### Große Kundgebung in Bayern.

München, 7. Februar. Gestern mittag fand vor der Feldherrnhalle eine große vaterländische Kundgebung statt. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, es mögen etwa 20.000 Personen gewesen sein, füllten den freien Platz, so daß der Straßenbahnenverkehr eingestellt werden mußte. An der Feldherrnhalle waren schwarz-weiß-rote Fahnen aufgezogen worden. Oberst von Ehlander hielt gegen die Pariser Forderungen der Entente eine Ansprache, welche zur Ablehnung und zum feisten Zusammenhalten gegen die Forderungen ermunterte und mit den Worten schloß: Lieber tot, als Sklave der Entente. Im weiteren Verlauf der Kundgebung sang die Menge unter Begleitung der Musik und entblößten Häuptes: Großer Gott, wie loben dich; Deutschland, Deutschland über alles; die Wacht am Rhein, und das niederränische Dankgebet. Es wurde folgende Entschließung angenommen:

Die hier versammelten Deutschen aller Kreise fordern von der Regierung sofortige strikte Ablehnung der Forderungen der Entente in einem klaren: Nein, niemals. Aufs schärfste verurteilten sie jeden Deutschen, der es wagen sollte, die Hand zu einem Selbstmord zu binden, den die Unterzeichnung dieses erzeugten perversen Übereinklangs bedeutet. Die Reichsregierung hat nicht nur auf scheinbar materielle Vorteile zu achten, sondern vor allem eine Hüterin des Lebens und der Ehre Deutschlands zu sein.

Bürenberg, 7. Februar. Vor dem Hotel der belgischen Uebewachungskommission demonstrierte gestern eine große Menge von Teilnehmern an einer vorher abgehaltenen Protestversammlung gegen die Forderungen der Entente. Die Geschäftsführung des Hotels ließ zur Verhinderung der Demonstranten die schwarz-weiß-rote Fahne aufzichen, worauf sich die Menge ohne weitere Zwischenfälle verließ.

#### Protestkundgebung in Dresden.

Dresden, 7. Februar. Wie in anderen Städten Deutschlands fand gestern auch in Dresden eine marktvolle Kundgebung gegen die Forderungen der Entente statt. Die bürgerlichen Parteien wie auch die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsverbände hatten zu Massenversammlungen eingeladen, in denen die Redner aufs schärfste gegen die mäßigen Forderungen, die eine Versklavung des deutschen Volkes bedeuten, protestierten und ihre Ablehnung forderten. Gleichzeitig fand gestern der Werbeumzug für Überlebensmittel im Rahmen der oberösterreichischen Woche statt, an dem sich die ganze Bevölkerung sowie die meisten Handwerksinnungen, Vereine, Behörden usw. beteiligten. Es war ein endloser Zug, in prächtiger Darstellung, was der Bevölkerung Österreichs für uns bedeutet. Fahnen und Musik wurden mitge-

führt und nach der Auflösung des Zuges, der seinen Weg durch die Stadt nahm, stand Platzmarkt am alten Markt statt.

#### Der Gewerkschaftsring gegen die Pariser Forderungen.

Berlin, 7. Februar. Der Vorstand des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten weist mit Entrüstung die wirtschaftlichen Friedensbedingungen zurück und richtet an die Reichsregierung die Aufforderung, die verlangte Gesamtsumme von 226 Milliarden und die Ausfuhrabgaben abzulehnen. Ferner fordert er Arbeiter, Angestellte und Beamte zu reitlosem Zusammenbruch auf und erwartet, daß die internationale Arbeiterschaft sich in eigenem Interesse gegen die Versklavung der deutschen Arbeiterschaft wendet.

#### Die furchtbaren Folgen der Pariser Beschlüsse.

Berlin, 7. Februar. Die Handelskammer zu Berlin sah in ihrer geistigen Vollversammlung eine Entschließung, in welcher es heißt:

Die ungeheure Höhe der neuen Ente-forderungen steht in unbegreiflichem Widerspruch zu der auch dem deutschen Volke verheilten Volkererhöhung, wie zur Leistungsfähigkeit Deutschlands. Die angebrochne Handelskontrolle ist ehrverleidig und bringt den Todestrieb für den deutschen Export in sich. In dem Augenblick, der sich anbahnen könnte, erübrigt der verständnislose unmenschliche Plan der Entente den Untergang des Arbeitsfreudigkeit Deutschlands. Rettungslose Verarmung, Auswanderung des jungen intelligenten Teiles der Bevölkerung, Absterben von Millionen infolge Nahrungsmanagements stehen in Aussicht. Die Kammer billigt mit größtem Nachdruck die Erklärung der Reichsregierung gegen eine solche Politik, die zum Nihil Deutschlands wie zum Zusammenbruch des ganzen kontinentalen Europas führen muß.

#### Briand appelliert an Amerika.

Paris, 7. Februar. Briand richtete heute vormittag durch die "Chicago Tribune" an das amerikanische Volk einen Aufruf zur Unterstützung Frankreichs in der Revisionsfrage. Frankreich werde sich nicht vergleichen an das Solidaritätsgefühl Amerikas wenden. Die Einigkeit aller Nationen, die auf den Schlachtfeldern für die Sache der Freiheit gekämpft hätten, sei unerlässlich für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme, welchen man jetzt gegenübertgestellt sei. In Frankreich sei man der amerikanischen Freundschaft sicher, die sich im Laufe von Jahrhunderten bewahrt habe. Die beiden Regierungen würden sicher vor der öffentlichen Meinung in beiden Ländern unterstützt werden.

#### Lord George gegen Deutschland.

Paris, 7. Februar. Die vorgestern von Lord George in Birmingham gehaltene Rede war ein Angriff gegen Deutschland. Lord George führte u. a. aus, daß die ganze deutsche Nation den Krieg gewollt habe, daß die den Deutschen auferlegten Pfosten leineswegs übertrieben seien und Deutschland zahlen könne, wenn es nur wolle, und nicht aufhören, immerfort an den Kratz zu denken. Diese Rede hat in Frankreich einen Eindruck gemacht und freudige Ueberzeugung hervergebracht, denn die Erwartungen selbst sind noch übertroffen. Man sagt, daß Lord George von 1913, Nut der Passus, in welchem Lord George erklärt, daß Deutschland an der Londoner Konferenz gegen vorwärts machen könnte, nicht hier immerhin einige Beipausse vorwirkt. Im ganzen vermischt die Rede Lord Georges den Eindruck, welchen die Rede Asquiths hervorgerufen, die dieser in Wolverhampton erhalten hat, und in der er austieß: Kann Deutschland zahlen?

Welchen Ausgang die Londoner Konferenz für Deutschland haben wird, kann man bei diesen hochfüllten und die Wahrheit verdrehenden Ausführungen des englischen Ministerpräsidenten schon vorher ermessen.

heute dem Mittelstand sehr schwer wird, die nötigen Betriebskapitalien herbeizuführen. Auch die Salutaverhältnisse fallen schwer ins Gewicht. Wir hatten einen Aufschwung des Handwerks erhofft. Das ist leider nicht der Fall. Für den Kleinhandel spielen die plötzlichen Preistürme eine katastrophale Rolle. Schon bei der Beratung meines Etats

habe ich gesagt, daß die Stabilisierung der Salute von eindeutigender Bedeutung für unsere Wirtschaft ist, ganz besonders für das kleine Gewerbe. Die Zulassung des Börsenterminhandels ist ja mit ihrer Zustimmung beabsichtigt worden. Wir hatten vor der neuen Entente gehofft, daß sich das Handwerk infolge besserer Belieferung mit Rohstoffen

erholen würde. Welche Folgen die Note haben wird, können wir aber heute noch gar nicht absehen. Es ist eine Beteiligung des Handwerks am Staatsaufträgen gefordert worden. Ich werde alles tun, um diesen Wünschen nachzukommen, natürlich auch bei den Bauarbeiten. (Beifall.) Die Kohlenfrage ist ein dunkles Kapitel. Darunter muss auch das Handwerk leiden. Ich werde aber auf eine bessere Verbindung zwischen dem Reichslohnrat und den Handwerksverbänden hinwirken. Ich bin bereit, mit dem Reichsverband des deutschen Handwerks in Verbindung zu treten und werde versuchen, wenn es notwendig ist, für Abhilfe zu sorgen. Die Reichsregierung ist gern bereit, auf der Grundlage der Beschlüsse des Reichsverbandes in Besprechungen einzutreten und dem Reichstag ein Gesetz über die Organisation des Handwerks, etwa im März, vorzulegen. (Beifall.) Eine Kommission von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Beurteilung der Lehrlingsfragen ist zusammengetreten. Die Reichsregierung weiß, dass im Handwerk ein starkes ethisches Moment liegt. (Beifall.) Wir werden versuchen, dem Handwerk, wenn auch nicht goldenen Boden, so doch den Boden zu verschaffen, auf dem es wachsen, blühen und gedeihen kann.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Wienbeck, Handwerksministerialrat in Hannover, und Abgeordneter Havesmann von der Deutschen Volkspartei, Malermeister in Hildesheim, besprachen sehr eingehend auch die verschiedenen Fragen, die heute für unser Handwerk im Vordergrunde stehen. Beide wandten sich auch gegen die angestrebte Sozialisierung und Kommunalisierung und gegen den Acht-Stundentag, der das Vorwärtskommen und die Ausbildung der Lehrlinge verhinderte.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 23. Februar, nachm. 3 Uhr: Antrag Bildemeister wegen Aufhebung der Verkehrssteuern auf den natürlichen Wasserwegen, Haushaltplan des Finanz- und des Arbeitsministeriums.  
Schluss 7 einhalb Uhr.

## Ein polnisch-französisches Bündnis.

Paris, 6. Februar. Gestern abend ist im Namen der französischen und der polnischen Regierung vor der Abreise von Paris folgende gemeinsame Erklärung durch die „Agence Havas“ verbreitet worden:

Die Regierungen von Frankreich und Polen haben, gleichmäßig, bezügt um ihre eigene Sicherheit und um den Frieden von Europa sicherzustellen, abermals die Gemeinsamkeit der Interessen, welche die beiden Länder vereint, anerkannt. Sie sind übereingekommen, ihren Willen fundierter, ihre Anstrengungen zu vereinen, und zu diesem Zweck für die Verteidigung ihrer höheren Interessen in enger Führung miteinander zu bleiben.

Zu enthalten also die französischen und polnischen amtlichen Stellen auch öffentlich ihre Pläne. Dass als Zweck der ergeten Fühlung „die Verteidigung ihrer höheren Interessen“ angegeben wird, ist gleichbedeutend mit den Absichten auf Niederkunft Deutschlands in Sklaverei und Bevölkerung seines Gebietes im Osten und Westen. Demgegenüber muss unsere Regierung ein wachstes Auge haben, und die Oberherrscher wollen ihre Bewegungen verdecken, das wertvolle Gebiet nicht dem volklichen Gefindel in die Hände fallen zu lassen. Hierzu liegt noch folgende Meldung vor:

Berlin, 7. Februar. Der Berliner Korrespondent des „Nieuwe Courant“ sagt auf Grund einer Reise in Oberschlesien, ganz unzweifelhaft habe es die französische Besetzung unter General Verdun in Oberschlesien einseitig mit den Polen. Es sei daher dringend erwünscht, dass die Franzosen aus Oberschlesien verschwinden, um den Italienern und Engländern Platz zu machen. Der Korrespondent betont ferner die Sachlichkeit der deutschen Propaganda in Oberschlesien, während die Polen zu einer sachlichen Propaganda nicht in der Lage seien, und ihre Mittel Geld, schöne Versprechungen und eine sorgfältig organisierte und unbarmherzige Terrifizierung der gesamten deutschen Bevölkerung seien.

## Was geht in der Kohlenfrage vor?

Dem „Chemn. Tgbl.“ wird geschrieben:

Das Reichskabinett hat neben der Arbeit an den Gegen- vorschlägen für die Londoner Konferenz auch die Beratungen über die weiteren Kohlenlieferungen an die Entente begonnen. Der vielbeanspruchte Staatssekretär Bergmann ist hinzuge-

zogen. Bergmann hat vor seiner Abreise nach Berlin der französischen Regierung eine Denkschrift überreicht, in der die europäische Kohlenversorgungslage festgestellt und eine monatliche Kohlenlieferung Deutschlands von 1800 000 Tonnen vorgeschlagen wird. Die Denkschrift, gründlich und ehrlich durchgearbeitet, rief bei den französischen Regierungsgewaltigen nur Hohnlachen hervor. Hohnlachen gehört jetzt zum Handwerk der Sieger. Mit auffallender Eile hat auch Ministerpräsident Briand bereits auf die Denkschrift erwidert, nämlich in seiner großen Kamerarde vom Donnerstag. Er wies darauf hin, dass das Kohlenabkommen von Spa am 31. Januar abgelaufen sei, doch aber bereits eine neue Regelung durch die Wiedergutmachungskommission vorliege. Die Kommission habe ja nach dem Versailler Vertrag das Recht, in jedem Augenblick die Lieferungsmöglichkeiten Deutschlands zu bestimmen. Durch Schreiben vom 27. Dezember 1920 habe sie die neuen Ziffern mitgeteilt: 2220000 Tonnen für die Monate Februar und März, sowie 250000 Tonnen pro Monat für die Rücksände der vorhergehenden Monate ohne Vorschüsse und Prämien. Wenn Deutschland widerspreche, werde es nach dem Vertrag ausführen müssen, der viel höhere Ziffern vorsehe, als die, die die Reparationskommission festgesetzt habe.

Auso schon wieder eine Drohung! Drohung mit dem Versailler Vertrag, den man in den Pariser Beschlüssen selber zu brechen geneigt ist! Drohigerweise aber eine Drohung, die in diesem Falle für uns gar keine ist. Denn der mit Nachdruck und Beutegier gespielte Versailler Pakt enthält Klauseln, die man schlechterdings vor den Augen der Welt nicht anders als günstig für Deutschland gestalten mußte. Und gerade in der Kohlenfrage können wir uns gar nicht oft genug auf den Friedensvertrag und auf seine Bestimmungen über die Pflichten der Wiedergutmachungskommission berufen. Das wären also die Artikel 231–244 und die Anlagen 1 bis 7 dazu. Es war ein Fehler, und viele sehen ihn bereits ein, dass wir, statt nur mit den Sachverständigen dieser Kommission zu verfechten, uns allzulehr mit den siegreichen Feldherren und ehrgeizigen Staatsmännern der erfolgversprochenen Siegerstaaten eingelassen haben. Statt Vereinbarungen haben wir Diktate und Ultimata erreicht, das Nachlendit von Spa, das Entwaffnungsdiktat, die „Bedingungen“ von Paris, die Strafandrohungen und Sanktionen. Wirkliche Zugeständnisse hätten sich über die Pariser Beschlüsse nicht so überstürzt und leichtsinnig gezeigt, wie die diplomatischen Alteute der Bühne, die sich Oberster Rat nennt.

Die Mitglieder der Wiedergutmachungskommission sind zwar auch keine Freunde und Hörner Deutschlands. Sie schenken uns nichts. Aber es sind zweifellos Männer darunter, die die Wirtschaftslage Europas und den Zusammenhang des internationalen Gedeih und Verderbs übersehen. Ihnen sind die Lebensfragen, um die es sich handelt, geläufig. Sie werden durch keinen politischen Ehrgeiz vom Hauptziel abgelenkt. Und das wichtigste: Sie müssen uns anhören! Wir können jederzeit an diese Fachleute appellieren. Im Versailler Vertrag heißt es, „Wenn der Wiedergutmachungsausschuss entscheidet, dass die vollständige Erfüllung der Anforderungen die deutschen industriellen Bedürfnisse ungebührlich beeinträchtigt, so kann er die Lieferungen hinausziehen oder annullieren und dabei zugleich die Reihenfolge der Lieferungen bestimmen.“ Die deutsche Regierung wird sich dennoch an den Wiedergutmachungsausschuss wenden, der, wie Paragraph 9 und 10 der zweiten Anlage zu Teil 8 des Friedensvertrages sagt, „verbunden sein wird, innerhalb einer Frist, die er von Fall zu Fall festsetzen wird, auf Antrag der deutschen Regierung alle Ausführungen und Nachweisungen anzuhören, die Deutschland bezüglich irgendeiner seiner Zahlungsfähigkeit betreffenden Frage vorbringt. Der Wiedergutmachungsausschuss wird die deutschen Einwände (reclamations, claims) prüfen“, usw. Kein französischer Vertreter kann einwenden, dass wir uns durch das Abkommen von Spa freiwillig des Rechts beseitigt hätten, an die Wiedergutmachungskommission zu appellieren. Dann das Abkommen ist abgelaufen. Und selbst wenn es behinde oder wenn es erneut wird, das Ventil der Verhandlung mit der Reparationskommission bleibt erhalten. Aus diesem Grunde besteht die Hoffnung, dass wenigstens in der Kohlenfrage ein vertragliches Abkommen erreicht wird.

In dem Bericht des Generals Voineau über die gegen Deutschland von den Alliierten zu unternehmenden Schritte, um die Ausführung des Beiflasses des Obersten Rates überzustellen, wird verlangt, dass die Beisetzung der deutschen Gebiete bis zum Rhein ausgedehnt werden soll, und zwar auf die Zeit der 42jährigen Entschädigungsduer. Der hierzu von General Voineau erarbeitete Plan, der eine große Anzahl verhältnismäßig für das belagerte Gebiet enthält, ist von Boineau (1) ausdrücklich als die Mindestforderung (1) bezeichnet worden, die dem Beiflas des Obersten Rates noch hinzugefügt werden müsste. Nach Voineau persönlicher Auseinandersetzung gegenüber Voineau und Rhein sollte in nächster Zeit das belagerte Gebiet von Deutschland vollkommen getrennt und der Rhein bereits als zukünftige Grenze (1) behandelt werden. Dies liege sich jetzt um so leichter durchführen, als die Zollkontrolle sowohl durchgeführt werden müsste. Im übrigen verlangt Voineau, wie aus dem Hochdeutschen

## Die Zukunft des Zeppelin-Luftschiffes.

Zu der Nachricht, dass eine französische Luftschiffahrtsgesellschaft mit der Luftschiffbau Friedrichshafen G. m. b. H. wegen einer Beteiligung der Franzosen an der deutschen Gesellschaft unterhandelt, hat deren Generaldirektor Rommelsberg Colmann, der langjährige Mitarbeiter des Grafen Zeppelin, mehrwerte Erklärungen gegeben. Colmann sagte nach einer Neuerung des B. T. B.:

Für Deutschland allein ist der Luftverkehr mit Zeppelinschiffen undurchführbar, erkläre der Roffen wegen, zweitens in Bezug auf die Ausübung der Luftschiffahrt vollkommen gebunden sind. Sie kann nur international betrieben werden und ist daher Sache des internationalen Kapitals. Im Bau von Zeppelinschiffen hat Deutschland bis jetzt keine Vorreihungen machen. Bei einer Million für Deutschland kostet die Betriebskosten für Staaten beispielsetzen Schiffe die Herstellungsmethoden, das gesuchte Personal und vor allem die langjährige Erfahrung. Es entsteht nun die Frage: Sollen wir diese Errungenschaften notgedrungen verlieren und vermehren lassen, weil wir gar nicht mehr die Möglichkeit haben, sie auszunutzen? Oder sollen wir, von höheren Gesichtspunkten geleitet, auf unseren Kleinbalken verzichten und damit zur Vergleichung eines Menschheitsideals beitragen? Wir halten die leichtere Auffassung für die richtige und haben schon vor längerer Zeit den Plan erworben, mit dem Ausland in Verbindung zu treten, um das deutsche Zeppelinschiff dem internationalen Verkehr dienstbar zu machen. zunächst ist mit einer französischen Gesellschaft, der Société Anonyme de l’Aviation Maritime in Paris, Fühlung genommen worden. Obgleich die Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Ebenso wenig kann über die Einzelheiten unseres Planes, insbesondere über seine finanziellen Grundlagen, schon etwas Näheres gesagt werden.

Dazu bemerkt die Kölnische Zeitung:

„Weite Kreise werden es nicht gerade freudig begrüßen, dass Deutschland das Lebenswerk eines seiner größten Erfinders an das Ausland abgeben soll, und das dabei gerade mit Frankreich der Anfang gemacht wird, das noch in den letzten Tagen bewiesen hat, wie viel ihm an der Ausbeutung des deutschen Luftschiffbaus gelegen ist. Jugeleit muß man freilich, dass wir hier vor einem sehr bitteren Entweder-Oder stehen. Wir sind tatsächlich auf diesem Gebiet für absehbare Zeit hinaus zur Ohnmacht verurteilt, und es besteht kein Zweifel, dass das, was deutscher Erfahrung und deutscher Fähigkeit gelassen haben, unfehlbar zugrunde geht, wenn es nicht gelingt, es anderwärts nutzbar zu machen, selbst wenn dabei dem nationalen Empfinden ein Opfer gebracht werden muss. Um über die wirtschaftliche Seite der Angelegenheit ein Urteil abtreten zu können, wird man die näheren Einzelheiten abwarten müssen. Es dürfte sich wohl in erster Linie um die Abtretung der Patente, Herstellungsmethoden usw. handeln. Wie weit etwa die deutschen Luftschiffsbetriebe selbst in Frage kommen, wissen wir nicht. Immerhin wird man auch hier bei gerechter Beurteilung der Sachlage zu dem Schluss kommen, dass es immer noch besser ist, wenn Betriebe, die zahlreichen Arbeitern und Angestellten Beschäftigung gewähren, von fremdem Kapital gestützt, weiterarbeiten können, als wenn sie unrettbar zum Stillstande und endlich Erliegen verurteilt waren. Alles in allem bleibt natürlich abzuwarten, zu welchem Ergebnis die Verhandlungen mit den Franzosen führen werden und vor allem, in welchem Umfang sich das übrige Ausland daran beteiligen wird. Eines muss jedoch schon jetzt mit allem Nachdruck gefordert werden: In welcher Form auch längst das Zeppelinschiff dem Verkehr von Land zu Land dienen soll, niemals darf nach außen hin verschwinden, dass Deutschland die geistige Urheberschaft daran befreit.“

Wie wir erfährt, bleibt der Bildung einer französischen Gesellschaft, der Société Anonyme de l’Aviation Maritime in Paris, Fühlung genommen worden. Obgleich die Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Ebenso wenig kann über die Einzelheiten unseres Planes, insbesondere über seine finanziellen Grundlagen, schon etwas Näheres gesagt werden.

„Weite Kreise werden es nicht gerade freudig begrüßen, dass Deutschland das Lebenswerk eines seiner größten Erfinders an das Ausland abgeben soll, und das dabei gerade mit Frankreich der Anfang gemacht wird, das noch in den letzten Tagen bewiesen hat, wie viel ihm an der Ausbeutung des deutschen Luftschiffbaus gelegen ist. Jugeleit muß man freilich, dass wir hier vor einem sehr bitteren Entweder-Oder stehen. Wir sind tatsächlich auf diesem Gebiet für absehbare Zeit hinaus zur Ohnmacht verurteilt, und es besteht kein Zweifel, dass das, was deutscher Erfahrung und deutscher Fähigkeit gelassen haben, unfehlbar zugrunde geht, wenn es nicht gelingt, es anderwärts nutzbar zu machen, selbst wenn dabei dem nationalen Empfinden ein Opfer gebracht werden muss. Um über die wirtschaftliche Seite der Angelegenheit ein Urteil abtreten zu können, wird man die näheren Einzelheiten abwarten müssen. Es dürfte sich wohl in erster Linie um die Abtretung der Patente, Herstellungsmethoden usw. handeln. Wie weit etwa die deutschen Luftschiffsbetriebe selbst in Frage kommen, wissen wir nicht. Immerhin wird man auch hier bei gerechter Beurteilung der Sachlage zu dem Schluss kommen, dass es immer noch besser ist, wenn Betriebe, die zahlreichen Arbeitern und Angestellten Beschäftigung gewähren, von fremdem Kapital gestützt, weiterarbeiten können, als wenn sie unrettbar zum Stillstande und endlich Erliegen verurteilt waren. Alles in allem bleibt natürlich abzuwarten, zu welchem Ergebnis die Verhandlungen mit den Franzosen führen werden und vor allem, in welchem Umfang sich das übrige Ausland daran beteiligen wird. Eines muss jedoch schon jetzt mit allem Nachdruck gefordert werden: In welcher Form auch längst das Zeppelinschiff dem Verkehr von Land zu Land dienen soll, niemals darf nach außen hin verschwinden, dass Deutschland die geistige Urheberschaft daran befreit.“

## Deutsches Reich.

Die bisherigen Forderungen nur ein Teilbetrag.

Berlin. Die Anzahlen der französischen Preise über die Höhe der Schäden, die von der Reparationskommission errechnet worden sind, schwanken zwischen 116 und 212 Milliarden. Aus dieser Tatsache allein geht hervor, welcher Geist bei der Fassung der Schäden, die Deutschland verursachen soll, waltet. Briand teilte übrigens in seiner Rede mit, dass die französische Regierung sich vorbehält, außer ihren Forderungen, die uns jetzt übermittelt werden, noch die gesamten Forderungen, die eventuell die Reparationskommission ausarbeiten wird. Indes noch von uns einzutreiben. Das Pariser Arrangement stellt demnach nur einen Teilbetrag der gesamten Entschädigungsforderungen dar, die wir bezahlen sollen. – Es wird immer schöner!

Der Rhein als zukünftige Grenze.

In dem Bericht des Generals Voineau über die gegen Deutschland von den Alliierten zu unternehmenden Schritte, um die Ausführung des Beiflasses des Obersten Rates überzustellen, wird verlangt, dass die Beisetzung der deutschen Gebiete bis zum Rhein ausgedehnt werden soll, und zwar auf die Zeit der 42jährigen Entschädigungsduer. Der hierzu von General Voineau erarbeitete Plan, der eine große Anzahl verhältnismäßig für das belagerte Gebiet enthält, ist von Voineau (1) ausdrücklich als die Mindestforderung (1) bezeichnet worden, die dem Beiflas des Obersten Rates noch hinzugefügt werden müsste. Nach Voineau persönlicher Auseinandersetzung gegenüber Voineau und Rhein sollte in nächster Zeit das belagerte Gebiet von Deutschland vollkommen getrennt und der Rhein bereits als zukünftige Grenze (1) behandelt werden. Dies liege sich jetzt um so leichter durchführen, als die Zollkontrolle sowohl durchgeführt werden müsste. Im übrigen verlangt Voineau, wie aus dem Hochdeutschen

...

Herrn Rich. Müll. 12 reibungslos ist. Bei der Auseinandersetzung zwischen dem französischen und dem deutschen Befehlshaber wird der Rhein als zukünftige Grenze bestimmt.

Die neu

der Verantwortlichen finden, ist über die in gewissem Sinn hat die standige

halten, in der ein Hundert zum Vor

nach zu erlösen,

(60 Prozent), und

am höchsten

eine geringe

die Erhöhung

beider Vorschlägen

zu ziehen.

Die neu

der Verantwortlichen

finden, ist über die

in gewissem Sinn

hat die standige

halten, in der ein Hund

zum Vor

nach zu erlösen,

(60 Prozent), und

am höchsten

eine geringe

die Erhöhung

beider Vorschlägen

zu ziehen.

Die neu

der Verantwortlichen

finden, ist über die

in gewissem Sinn

hat die standige

halten, in der ein Hund

zum Vor

nach zu erlösen,

(60 Prozent), und

am höchsten

eine geringe

die Erhöhung

beider Vorschlägen

zu ziehen.

Die neu

der Verantwortlichen

finden, ist über die

in gewissem Sinn

hat die standige

halten, in der ein Hund

zum Vor

nach zu erlösen,

(60 Prozent), und

am höchsten

eine geringe

die Erhöhung

beider Vorschlägen

zu ziehen.



† 100 000 Mark. Durchschnitt ist bei 27-jährigen Schreiber-Würzen von der Reichskasse in Berlin. Würzen hatte die Summe aufzutragen und von der Reichsbank abgehoben und stellte sodann alle Gewinnabzüge ab.

† Ein wertvoller Fund. Ein Wiener Fabrikarbeiter fand unter allen Briefmarken eine Anzahl der seltenen ersten Mauritiusmarken aus dem Jahre 1874, darunter die blonde Mauritius, die bloß in sieben Exemplaren erhalten sein soll. Bei der letzten Auktion in Wien erzielte die blonde Mauritius einen Preis von 120 000 Franken. Der glückliche Finder ist zum mehrfachen Kronenmillionär geworden.

† Souveräner Mensch einer Sterbenden. In einem amerikanischen Städte wohnte ein Deutscher namens Seitz, dessen Frau im Sterben lag. Die kranke Frau hatte ihn schon seit geraumer Zeit das Versprechen abgenommen, daß er im Falle ihres Todes ihre Schwester bestatten solle. Sie befürchtete aber, er möge sein Wort nicht halten und nötigte ihn, sich vor ihren Augen mit ihrer Schwester trauen zu lassen. Das Vergnügen, einen so braven, ehrlichen Mann zu haben, wirkte jedoch so günstig auf die alte Frau ein, daß sie von Stund an gesund geworden ist. Seitz hat also inzwischen zwei Sattinen und steht in Gefahr, wegen Organale (Doppelzweck) eingesperrt zu werden, samt dem dummen Kopf, der ihm bei Lebzeiten seiner Frau mit deren Frau getraut hatte.

† Ein lebenswichtiger Betrieb. In Ilford, einer Londoner Vorstadt, herrscht dieser Tage ein Streik der Elektrizitätsarbeiter. Der Streik traf auch das städtische Einbildungsbüro, wo die Gehalts bestand, daß ein durch elektrischen Strom geheizter Brüderloch erkölte, wodurch ein neun Wochen alter Säugling das Leben verlor. Die Arbeiter beschlossen, das Kind leben zu lassen, und vier Männer muhten abwechselnd eine kleine Reperfmaschine in Gang halten.

† Ein glückliches Brautpaar. In Los Angeles in Kalifornien ist jüngst eine der merkwürdigsten Ehen geschlossen worden, von denen die an Seltsamkeiten nicht ohne amerikanische Heimatgeschichte zu berichten weiß. Dr. Andrew Morrison und Mary Augusta Barren sind das glückliche Paar, von dessen Ehebund die ganze Stadt mit dem größten Interesse Kenntnis nahm. Wußte man doch, daß der „junge“ Ehemann längst das hundertste Lebensjahr überschritten hatte! Was aber sein Fräulein Braut angeht, so erklärte diese, auf die Frage nach ihrem Alter, gleichzeitig dem Standesbeamten: „Ich glaube 72; aber ich weiß es nicht genau, ich kümmere mich schon lange nicht mehr darum und habe es vergessen!“ Natürlich wurden die Neuerwähnten auch aufs eingehendste interviewt, und es ist sehr interessant, was die Auszüger zu erzählen wissen. „Mrs. Mary Augusta“, erzählt ein

Koppler, „steht nicht auf Romantik, für sie ist die Liebe ein Vertrag. Sie hat sie an der Röfung ihrer Mitmenschen anzusehen. Sie erklärt sich als lächelnde Hymne der hohen Schönheit. Sie sind baran schön, daß die Frauen heute wie Frösche hüpfen.“ Noch mehr verabscheut sie das Dekolleté (bei ihren Jahren begreiflich) und auch die kurzen Röcke sind noch ihrer Meinung ein Skandal. „Wir gefällt es nicht, die Formen zu zeigen. Was mich ein Dreißigjähriges hundert lang so jung und frisch erhalten hat, das ist das Lachen. Ich habe immer etwas zu lachen, weil es jederzeit und überall etwas zu lachen gibt. Wer ein paar Häuser weit gehen kann, ohne etwas zum Lachen zu finden, der muß zum Serienarzt oder zum Augenarzt gehen.“ Trostreich für alle Blauerblümchen ist noch eine Neuherzung der jungen Frau Doktor, die sagte: „Ich habe nie die Hoffnung zu betören ausgegeben. Ich wußte, daß das Schlüssel mit einem Mann bestimmt hätte und erwartete ihn geduldig. Er kam spät, aber schließlich kam er. Man soll sich nicht überreilen. Elegante Mädchen haben kein Alter, und solange man das Leben hat, hat man die Hoffnung.“

† Das einzige Mittel. Im Bergischen Land besitzen eine Anzahl Städte eine kommunistische Mehrheit in ihren Ortsparlamenten. Diese Mehrheit nutzt dadurch die ihr zugesetzte Macht natürlich nicht immer zum Nutzen der Allgemeinheit aus. Für Zwecke, die ihr besonders am Herzen liegen, bewilligt sie Gelder, ohne darauf zu achten, ob auch eine Deckung für diese Ausgaben vorhanden ist. Den betroffenen Städten erwächst durch diese Handhabung ihrer Stadtwirtschaft eine schwere Gefahr, auf die jetzt auch die Regierung aufmerksam geworden ist. Kraft ihres Überwachungsgesetzes hat sie jetzt eine genaue Kontrolle angeordnet. Diese wird augenblicklich durch einen Ausschuß von Regierungsbeamten ausgeübt, die hauptsächlich die Städte in den Kreisen Solingen, Höhscheid, Wald, Ohligs, Gräfrath und Opladen bereist und die dortige Finanzwirtschaft beachtflichtigt.

† Ein glückliches Brautpaar. Einen stark übertriebenen Optimismus scheint ein Groß-Berliner Geschäftsmann zu besitzen, der folgende Angeige in einer Vorortzeitung erscheinen läßt: „Einbrecher! Euer Ehrenwort war Schwachsinn. Heute habt ihr meine Schreibmaschine geklaut. Die leichtgeklauten Maschinen, sowie die heutige erwarte ich sofort zurück. Meine Ehrenwort wegen Polizei gilt noch. W. B.“ — Da scheint ja ein seltsamer Vertrag vorzuliegen. Ob Herrn B. der Appell an die Ehre der Langfinger, die ihm die Schreibmaschine „geklaut“ haben, etwas helfen wird, dürfte recht zweifelhaft sein.

† Am der Falltür gelungen. Nachts drangen drei Männer in den Keller eines Hauses in Berlin, um dem darüber liegenden Lebensmittelgeschäft einen Besuch abzustatten. Raum hatte aber einer der Einbrecher die nach dem Laden führende Falltür emporgehoben, als er

zu 100 000 Mark. Es ist die Falltür, die er gestohlen hat, und er lädt sie nun zu sich ein. Es wurde als der 24-jährige Eigentümer des Lebensmittelgeschäfts festgestellt.

† Wie Kinder verschwunden. Seit dem 25. Januar werden die Kinder von Schmalzhausen vermisst. Sie waren nach Altenbach geflüchtet worden, um Lebensmittel zu holen, und sind dort nicht zurückgekehrt. Es handelt sich um den 10-jährigen Erich Groß, den 7-jährigen Walter Groß, den 13-jährigen Franz Kirsch und den 9-jährigen Paul Kirsch.

† Explosionsunterleiblicher Munitionsschaden. Am Sonntag erfolgte, wie aus Lille gemeldet wird, aus unbekannter Ursache eine Explosion in den unterleiblichen Munitionsschuppen von Poelcapelle im Walde von Houhoust. Personen wurden dabei nicht verletzt. Der durch die Explosion ausgeworfene Trichter misst 15 Meter im Durchmesser.

† Der Brillant in der Westentasche. Einen 6½ karatigen Brillant in der Westentasche im Werte von 60 000 Mk. hat ein Herr am Anhalter Bahnhof in Berlin verloren. Er hatte eine Autodroschke benutzt und den Wagen mit Papiergeleid bezahlt, das er in der Westentasche trug. Dabei hat er wahrscheinlich den Brillanten mit herausgezogen. Für die Wiederbeschaffung des Edelsteins hat der reichhaltige Besitzer eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

## Bauwirtschaftlicher Teil.

Zur Dünung der Sommerhalbmühre empfiehlt sich, rechtzeitige Vorlager für eine reichliche Versorgung mit Rali und Stoffstoff zu treffen. Auf Phosphatkäurearmen Böden muß auch die Phosphatkäuredüngung Berücksichtigung finden. Die feste Entwicklung unserer Sommerhalbmühre bringt eine genügende Zukunft leichtlöslicher Röhrlöffel. Es ist eine noch vielfach verbreitete falsche Ansicht, daß Hafer und Gerste eine Bodenbildung nicht fördern. Neben Verwendung guten Saatgutes und einwandfreier Bestellung ist am lohnendsten die Ergänzung der Düngung durch die ergotrope Stoffstoffdüngungsmittel Ammoniumsalpeter mit etwa 27% Stoffstoff, davon etwa 19% Ammoniumstoffs und etwa 8% Salpeterstoffs. Raliammoniumsalpeter mit etwa 25–27% Rali und etwa 16% Stoffstoff, je zur Hälfte als Salpeter- und Ammoniumstoffs. Die Preissteigerung zwischen Stoffstoffdüngungsmittel und landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist dieselbe wie vor dem Kriege, und durch zahlreiche Berufe sowie Neuerungen von Fachleuten und Praktikern ist nachzuweisen, daß die sachgemäße Anwendung der Stoffstoffdüngungsmittel nennenswerte und größere Reinerträge abwirkt.

### Preisabbau für Fensterglas.

Der Verein rheinisch-westfälischer Tafelglashütten in Bonn am Rhein hat in Übereinstimmung mit dem Großhändlerverband die Preise für gewöhnliches Fensterglas um 10 bis 15 Prozent erhöht. Ein Teil der ländlichen und kleinsten Hütten ist diesem Beispiel gefolgt. Für Rohglas sind die Preise unverändert. Spiegelglas ist, wie bekannt, vor kurzem mit Rücksicht auf die Luxussteuer etwas heraufgelegt worden.

Erlöse  
Bezug  
bei Ab-  
käufen

Diesel. Bla-

Auf Blatt  
Firma Boner  
in Lichtenstein  
worden: Pro  
Carlos Inn.  
Er darf die  
Zeichnungshaus  
Amtsgericht Lü-

Die 4. Rei-  
che 1920 ist  
zu entrichten.  
versfahren dur-  
aber dadurch

Zu bestim-  
mung der 3.  
Gesam

Begabung  
Am 1. Februar  
steuer des Re-  
find 15 Pf.  
erdeben, das 1.  
1. August 1920  
noch oben.)  
Wir forde-  
bis zum 19.  
und Zwanzig  
Bon. Be-  
gabe nach  
haben, und  
zahlen.  
Sta-

2. Deffer

am Mittwoch

1. Verteilung  
2. Verteilung  
3. Die Prüfu-  
4. Die Belie-  
5. Die Semir-  
6. Pensionier-  
— Stellen  
7. Das ordnu-  
schüler be-  
8. Die Fortbil-  
9. Lehrerrats-  
10. Die Einfüh-  
richts.  
11. Umfrage.

\* Wie uns  
Vater heute un-  
bedeutet. Man  
der Entente ein  
berungen nachzu-  
Reuter mi-  
gegangen sei, in  
zuleben vor Zih-  
am Mittwoch d.  
Dem früh-  
Egerlin, wurde  
geboten. Egerlin  
\* Der Berl-  
gültig abberufen  
ericht werden.  
\* Die Tu-  
Sozialisten in  
Völkerbunde be-  
Rath der  
Närt haben, er  
Jung abweichen,  
men habe. „Wer  
dab die französi-  
bis an die äuße-

Der geehrten Einwohnerschaft von Lichtenstein-Callenberg und Umgebung zur Kenntnis, daß ich meine Wohnung von jetzt ab

## Innere Hartensteinerstr. No. 4

in das frühere Rich. Tauscher'sche Haus verlegt habe. Bringe gleichzeitig mein Stoff- und Musterlager in empfehlende Erinnerung.

Hochachtungsvoll

**Paul Leistner**, Schneidermeister.

## Billige Kernseife 62%

Sorpeilegel 250 Gramm, bei 10 Riegel à 4.50 Mk. in Riesen von 100 und 200 Riegel franko jeder Station.

**Henri Gottschalek**, Zwickau,

Spielbergstraße 21.

Rießende und Händler gesucht.

## Kurje,

mitgeteilt vom Verkaufsstelle

**Dr. Beyer & Seitz**,  
Herrlichkeit Lichtenstein-Callenberg.

	Geld.	Brief.
Deutsche 5% Kriegsanleihe	77,52	77,72
- 4½% Schokolade	72,50	72,50
- 3½% Reichsanleihe	91,75	90,75
- 3½% -	66,25	66,50
- 4% -	64,25	64,50
- 4½% -	67,625	67,75
Städte 3% Rente	57,50	57,625
Städte 4% Girokonto	72,50	72,50
Wandfarbe 4%	79	79,875
Salzgitter 4%	86,50	86
Deutsche Postamt-Bank 4%, Wandfarbe	101,50	101,50
Postamt 4,3% Wandfarbe	96	95,75
Städte 4,3% Wandfarbe	107	107
Städte 4% Wandfarbe	100	100
Deutsche Postamt-Bank 4%	335	319
Wandfarbe, Rappel	840	849,50
Deutsche Postamt-Bank	331	328
Salzgitter 4%	335,50	325
Städte 4,3% Wandfarbe	640	627
Wandfarbe 4%	287	285
Deutsche Werkzeugfabrik, Ekt.	300	300
Deutsche Bank Ekt.	214,50	215
Wandfarbe Ekt.	565	560,25
Deutsche Postamt-Bank	190,75	189,75
Städte 4,3% Wandfarbe	296,75	296
Wandfarbe Ekt.	—	900

### Devisen-Kontrollen:

	Geld.	Brief.
Wandfarbe	212,85	213,15
Spanien	241,75	242,25
Städte	226,25	226,75
Deutschland	100,85	100,05
New York	62,80	62,94
Paris	441,05	441,95
Stockholm	1378,80	1381,40
Wandfarbe	482	463
Städte, Noten	77,525	77,725
Wien	76,90	77,10
Spanien	16,48	15,52
	374,10	375,90

## Krystatt-Palast

Lichtenstein-Callenberg.

Morgen Dienstag von nachmittag 6 Uhr ab

## Groß-Fastnachts-Ball

Urfüdeler Betrieb. Kappen-etc. Verteilung. Urfüdeler Betrieb.



Morg. Dienstag  
**Schlachtself**  
b. Paul Kommaßch Wew.  
Inh. Herm. Walther

**Malergehilfen**  
für sofort, sowie  
**1 Vehrting**  
für Ostern gefücht.  
B. Eisehke.

**Zu verkaufen**  
2 gute Arbeitspferde und  
ein moderner Landauer,  
noch wie neu. Wo? zu er-  
fahren in der Gesch. d. Bi.

**Gasthof zum Hirsch, Bernsdorf**  
Morgen Dienstag, den 8. Februar  
**Gr. Fastnachtsball**  
mit allerhand Überraschungen.  
Ergebnis liefert ein Bernhard Kühn.

**Gast. z. Krone, Heinrichsort**  
Dienstag, den 8. Februar  
**Grosser Fastnachtsball.**  
10 Uhr Stübbelpolonaise mit gr. Preisverteilung.

Von 9 Uhr ab Damenwahl.  
Hierzu laden ergebnis ein Paul Hoyer und Frau.

Ein — hervorragendes Fachblatt seiner Art — ist die illustre Jagd-Ztg., wochentlich „St. Hubertus“, (Anhalt). Bringt jedwegen Aufsätze über Jagd, Schießwesen, Hundezucht, Forstwirtschaft, Fischerrei und Naturkunde. Wertvolle Bilderschmuck.

**Wirkungsvolles Anzeigenblatt.**  
Bezugspreis 11,00 Mk. für das Werkstahljahr.

Jede Postanstalt und Buchhandlung nimmt

— Bestellungen entgegen.

**Probenummern** — vollständig kostenl. bitte zu verlangen von dem

Stadtg. St. Hubertus (Paul Scheitlers Leben G.m.b.H.).

— Cöthen (Anhalt).

Ein grauer

## Pinscher

auf den Namen Zug hörend,  
ist entlaufen. Gegen Be-  
lobnung abzugeben bei  
Otto Stiegler,  
Gitterbahnhofstr.